

# Übersichten

Mai 2002

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 Der Kronprinz reist nach Amerika

Erstmals reiste der chinesische Vizepräsident Hu Jintao, von dem allgemein erwartet wird, dass er Jiang Zemin noch vor Ende des Jahres im Amt beerben wird, zu politischen Gesprächen in die Vereinigten Staaten. In Gesprächen mit US-Präsident Bush sowie mit den Ministern Powell, Cheney und Rumsfeld stand dem Vernehmen nach die gesamte Bandbreite der bilateralen Beziehungen sowie internationale Fragen wie der von den USA initiierte Kampf gegen den Terrorismus auf der Tagesordnung.

Von der chinesischen Seite wurde der Besuch Hus als Erfolg gewertet. In den USA blieb insgesamt eher ein Gefühl der Ernüchterung zurück. Man hatte dort offenbar erwartet, mehr über den chinesischen Kronprinzen und seine politischen Überzeugungen zu erfahren. Hu Jintao hingegen wich insgesamt an keinem Punkt von der offiziellen Parteilinie ab und bot keinerlei Angriffspunkte für Spekulationen. Er stellte sich als kompetenter und rei-

fer Partner dar, ohne jedoch allzu viel über seine Person preiszugeben. Abgesehen davon, dass dies keineswegs im Widerspruch mit der langjährigen diplomatischen Praxis der Volksrepublik China steht, war dieses Verhalten wahrscheinlich in erster Linie den taktischen Überlegungen im Rahmen der innerchinesischen Nachfolgediskussion geschuldet.

So waren denn auch die vier Prinzipien, die Hu Jintao seinen Gesprächspartnern in Washington als Vorschlag für die zukünftige Gestaltung der bilateralen Beziehungen unterbreitete allenfalls in neue Worte gekleidete alte politische Hüte. Da war die Rede von

- Stärkung des strategischen Dialogs auf höchster Ebene und zwischen den Ministerien auf verschiedenen Ebenen,
- Stärkung von Austausch und Zusammenarbeit auf allen Gebieten,
- Gegenseitigem Respekt und Behandlung der bestehenden Differenzen auf der Basis, nach Gemeinsamkeiten zu suchen, sowie der
- Stärkung von Dialog und Kooperation hinsichtlich der Hauptthemen, einschließlich des Weltfriedens und der globalen Sicherheit.

Hu Jintao gelang es offensichtlich, während seines Besuchs viel zu sprechen und dabei wenig zu sagen. So passt ins Bild, dass über den eigentlichen Inhalt der Gespräche abgesehen von der lapidaren Benennung der Themen Terrorismus, Menschenrechte und Taiwan eigentlich nichts bekannt wurde und dennoch von produktiven und erfolgreichen Unterredungen gesprochen wurde.

Als größter Erfolg der Reise ist wohl Hus Besuch im Pentagon und seine Unterredung mit US-Verteidigungsminister Rumsfeld zu betrachten, insbesondere, da es hieß, dieser habe Hu Jintao zunächst gar nicht treffen wollen. Mit dem Besuch im Pentagon wurde Hu nun jedoch der höchststrangige Vertreter der VR China, dem bislang Einblick in das Verteidigungsministerium der USA gewährt wurde. Als krönendes Ergebnis könnte man die seitens der USA von Rumsfeld formulierte Bereitschaft zu Wiederaufnahme des militärischen Austausches

zwischen beiden Ländern werten. Dieser war im vergangenen Jahr im Anschluss an den Luftzwischenfall über dem Südchinesischen Meer ausgesetzt worden. Allerdings bleibt abzuwarten, was aus der nun signalisierten Bereitschaft der USA konkret wird, formulierte Rumsfeld doch zugleich auch Bedingungen, auf denen dieser Austausch fußen soll: Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit.

Gerade die fehlende Gegenseitigkeit wird in den USA von Kritikern jedoch schon lange bemängelt. Dort ist man vielfach der Ansicht, die chinesische Seite habe von derartigen Austauschprogrammen insbesondere im militärischen Bereich unverhältnismäßig profitiert, während sie im Gegenzug keinerlei Bereitschaft zur Herstellung von größerer Transparenz gegenüber den USA erkennen ließen. So wurden denn auch kritische Stimmen laut, die Unverständnis darüber äußerten, warum man Hu ins Pentagon eingeladen habe, während Einrichtungen des chinesischen Verteidigungsapparats für Besucher aus den USA tabu gewesen wären.

Wenn es eine deutliche Botschaft Hu Jintaos gegeben hat, dann bezog sich diese auf die Taiwan-Frage. All seinen Gesprächspartnern gegenüber und auch im Rahmen eines öffentlichen Auftritts vor 600 geladenen Gästen betonte Hu, bei der Taiwan-Frage handle es sich um das Herzstück der chinesisch-amerikanischen Beziehungen und zugleich um das wichtigste und sensibelste Thema zwischen beiden Ländern. Sollten Probleme in dieser Frage auftreten, so werde es schwierig, in den bilateralen amerikanisch-chinesischen Beziehungen Fortschritte zu erreichen, und Rückschläge seien keinesfalls ausgeschlossen. Dabei sollten die USA auch berücksichtigen, dass der Verkauf moderner Waffensysteme an Taiwan oder eine Aufwertung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Taiwan aus chinesischer Sicht mit dem Bekenntnis der USA zum Ein-China-Prinzip keineswegs zu vereinbaren sei.

Hu Jintao verließ die Vereinigten Staaten nicht, ohne vorher versichert zu haben, China werde alles für eine friedliche Lösung der Taiwanproblematik tun und im Gegenzug ein erneutes Bekenntnis der USA zum Prinzip

eines einzigen China erhalten. Zhang Qiyue, Sprecher des chinesischen Außenministeriums sprach im Anschluss an Hus US-Reise, die USA hätten zum Ausdruck gebracht, sie glaubten nicht, dass Taiwan ein großes Problem in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen darstellen werde.

Nicht einmal zehn Tage später wurde das amerikanische Verhältnis zu Taiwan allerdings wieder zum Zankapfel. Der Stein des Anstoßes war aus chinesischer Sicht die Verabschiedung des „Defence Authorization Bill for the Fiscal Year 2003“ durch das amerikanische Repräsentantenhaus. Darin enthalten sind sehr zum Ärger der chinesischen Regierung erneut Pläne zur Stärkung der militärischen Kooperation der USA mit Taiwan einschließlich der Forderung, die amerikanischen Streitkräfte sollten gemeinsame militärische Manöver mit Taiwan abhalten. Dies und der Vorschlag an den US-Präsidenten zum Verkauf von vier Zerstörern der Kidd-Klasse forderten verärgerte Reaktionen aus Beijing geradezu heraus. Diese erfolgten denn auch prompt und heftig: Von einer brutalen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas war ebenso die Rede wie von ernstem Eingriffen in die chinesische Souveränität. Taiwan wird also mittelfristig das bestimmende Thema zwischen China und den Vereinigten Staaten bleiben, wie Hu Jintao auf seiner Reise bekräftigt hatte. (SCMP, 2.5.02; NZZ, 2.5.02; Xinhua, 2.5.02, nach BBC PF, 3.5.02; ZXS, 2.5.02, nach BBC PF, 3.5.02; Xinhua, 2.5.02, nach BBC PF, 3.5.02; ZXS, 3.5.02, nach BBC PF, 4.5.02; ST, 3.5., 4.5.02; WSJ, 3.5.02; Xinhua, 11.5.02, nach BBC PF, 12.5.02; Xinhua, 13.5.02, nach BBC PF, 14.5.02) -kg-

## 2 China, Russland und die NATO

Die chinesische Regierung sieht sich angesichts der neuen Annäherung zwischen den USA, der NATO und Russland in einer schwierigen Position, dies zeigen die Kommentare aus Beijing. Zum einen ist ein Abbau der Nuklearkapazitäten Russlands und der Vereinigten Staaten durchaus im Sinne der Volksrepublik China. Auf der anderen Seite geht diese zwischen den beiden

Staaten nunmehr vertraglich vereinbarte Reduzierung keineswegs so weit, dass das aus gut zwei Dutzend mit Kernwaffen bestückten Interkontinentalraketen bestehende nukleare Abschreckungspotenzial Chinas auch nur annähernd gleichwertig wäre.

Vielmehr bleibt aus Sicht Beijings ein deutlich bitterer Beigeschmack. Aus chinesischem Blickwinkel ist es den USA offensichtlich gelungen, Russland vollständig in das westliche Lager hinüberzuziehen. Zunächst hatte Putin den von China so vehement geförderten Widerstand seines Staates gegen die amerikanischen NMD-Pläne aufgeben, und nun wurde Russland mit einer deutlichen Statusaufwertung für die einseitige Aufkündigung des ABM-Vertrags seitens der USA mehr als entschädigt. Die Unterzeichnung des bilateralen Vertrags über nukleare Abrüstung hebt Russland, das seit dem Zerfall der Sowjetunion erheblich an internationaler Bedeutung eingebüßt hatte, erneut auf die gleiche Stufe mit den USA. China droht damit aus der Sicht Beijings weiter in die geopolitische Unbedeutsamkeit zu geraten.

Hatte man während der letzten zehn Jahre versucht, Russland in das eigene Boot zu ziehen, um der verbliebenen Supermacht USA in diesem Kräfterdreieck gemeinsam Paroli bieten zu können, wie es einst mit der Annäherung zwischen den USA und China gegen die damalige Sowjetunion geschehen war, so scheint dieses Vorhaben nunmehr vollends gescheitert. Die Ende des Monats vertraglich fixierte Bildung des neuen NATO-Russland-Rats und die damit eingeleitete stärkere Anbindung Russlands an das westliche Verteidigungsbündnis ist aus chinesischer Sicht der bisherige negative Höhepunkt dieser Entwicklung. Zwar kommentierte das Außenministerium in Beijing auch diesen Vertragsabschluss wohlwollend, doch war man gleichzeitig deutlich darum bemüht, die Reichweite der Vereinbarung herunterzuspielen. Von einer willkommenen Veränderung der regionalen Situation in Europa war in den offiziellen Stellungnahmen aus China jeweils nur die Rede, obwohl die Auswirkungen natürlich weit über Europa hinausreichen und China in direkter Weise davon betroffen ist.

Die militärische Führung Chinas lehnte jede Kommentierung der neuen Lage bislang mit dem Hinweis darauf ab, die Entwicklung von Beziehungen zwischen NATO und anderen Staaten sei deren, nicht jedoch Chinas Angelegenheit. Im Übrigen sei man ohnehin der Meinung, dass mit dem Ende des Kalten Krieges auch die Notwendigkeit für die Fortexistenz militärischer Bündnisse nicht mehr bestehe. Das Außenministerium verdeutlichte die chinesische Haltung mit den Worten, China trete gegen jede Form militärischer Allianzen ein.

Die neue Annäherung zwischen Russland, USA und NATO könnte aus chinesischer Sicht jedoch weitreichendere und negativere Folgen haben, als die offiziellen Stellungnahmen andeuten. Das gesamte außenpolitische Konzept der Multipolarität könnte sich nun auch längerfristig noch stärker als Illusion erweisen, als sich nach dem Niedergang Russlands ohnehin schon angedeutet hatte. Die chinesische Zielvorstellung von einer Welt, in der mittelfristig mehrere Regionalmächte, darunter China selbst, Russland und die Europäische Union, ein Gegengewicht zur verbliebenen Supermacht Vereinigte Staaten bilden, scheint nunmehr gänzlich in den Bereich der unrealistischen Wunschvorstellungen verbannt.

Nach Analysen chinesischer Think Tanks ist zunächst das Gewicht der Volksrepublik im Kräfterdreieck USA-Russland-China erheblich geschwächt worden. Immerhin wurde die neue Ebene der Zusammenarbeit zwischen Russland und den USA von US-Präsident Bush als umfassend in politischer, ökonomischer, gesellschaftlicher und militärischer Hinsicht definiert. Auf lange Sicht befürchtet man in China daher, das eigene Land könne seinerseits nun zum Opfer der neuen Freundschaft zwischen Washington und Moskau werden. Beobachter gehen allerdings davon aus, dass dies bisher in Beijing keinen Anlass zu Panik bietet, befindet sich doch eine enge Zusammenarbeit zwischen Russland, NATO und USA noch in einem frühen Anfangsstadium, das es aus Sicht Beijings allerdings aufmerksam zu verfolgen gilt.

Auch die chinesischen diplomatischen Anstrengungen in Zentralasien, deren

Ergebnisse durch die Ereignisse des 11. September 2001 und die nachfolgende starke Präsenz der USA in dieser Region bereits erheblich geschwächt worden waren, könnten sich vor dem Hintergrund der Hinwendung Russlands zu den Vereinigten Staaten vollends als fruchtlos erweisen. Was unter Einbeziehung Russlands als befriedeter Puffer gegen den Westen und insbesondere die voranstrebende Einflussnahme der USA vor der chinesischen Hintertür in Zentralasien konzipiert war, könnte nun mit einem mittelfristig befürchteten Wechsel Russlands in das westliche Lager zu einer direkten „Frontlinie“ werden. Die Chancen Chinas, die SCO in seinem Sinne zu gestalten und zu stärken, werden in diesem Zusammenhang als wenig aussichtsreich bewertet. Viel wird davon abhängen, wie die Anfang Juni in St. Petersburg zu formalisierenden Strukturen dieser von China initiierten Regionalorganisation mit Leben erfüllt werden können und welche Anreize China den zentralasiatischen Ländern in Konkurrenz zu den hier inzwischen militärisch und wirtschaftlich präsenten USA wird geben können. (ITAR-TASS, 16.5.02, nach BBC PF, 18.5.02; SCMP, 17.5., 31.5.02; NZZ, 21.5.02; XNA, 31.5.02; ST, 31.5.02; FAZ, 31.5.02) -kg-

### 3 Verdichtung der SCO-Aktivitäten

Nachdem die Außenminister der Mitgliedsstaaten der Shanghai Cooperation Organisation bereits Ende April auf einer Konferenz in Moskau die Vorbereitungen für die endgültige Formalisierung der multilateralen Organisation abgeschlossen hatten, folgten Mitte Mai ebenfalls in Moskau die Verteidigungsminister Chinas, Russlands, Kasachstans, Kirgistans und Tadschikistans ihrem Beispiel und verabschiedeten ein gemeinsames Kommuniqué. Darin werden die Pläne der Mitgliedsstaaten zur Einrichtung einer gemeinsamen Expertenkommission bestehend aus hochrangigen Vertretern der nationalen Ministerien zur Durchführung gemeinsamer internationaler militärischer Kooperation konkretisiert. Die Expertenkommission soll Vorschläge für entsprechende Kooperationsstrukturen und einen damit zu betrauenden Arbeitsstab aus-

arbeiten. Ziel ist die Planung und Durchführung gemeinsamer Übungen und Manöver im Rahmen der Terrorismusbekämpfung.

Am 23. Mai folgte ein weiteres Treffen zur Vorbereitung der großen Konferenz in St. Petersburg Anfang Juni. Hier trafen die Leiter der nationalen Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in Alma-Ata zusammen. Wichtigstes Ergebnis dieses Treffens der so genannten *Bishkek Gruppe* war die Verabschiedung des Entwurfs einer *Vereinbarung der Mitgliedsstaaten der Shanghai Cooperation Organisation über die Einrichtung regionaler Anti-Terrorinstitutionen* mit Hauptsitz in Bishkek. Auch dieses Dokument war zur Unterzeichnung auf dem St. Petersburger Gipfeltreffen vorbereitet worden.

In einer Gemeinsamen Erklärung zum Abschluss des Treffens in Alma-Ata verpflichteten sich die Vertreter der SCO-Staaten, keinerlei Aktivitäten auf ihren jeweiligen Territorien zuzulassen, die dazu geeignet sind die Souveränität, territoriale Integrität oder öffentliche Sicherheit der anderen Staaten zu gefährden. Erneut verdammten sie alle Formen des Terrorismus, Separatismus und Extremismus und bekannten sich zu einer zukünftigen Koordination ihrer präventiven Maßnahmen gegen diese Bedrohungen. Insbesondere die Kooperation entlang der gemeinsamen Grenzen soll durch konkrete Schritte verstärkt werden. (ITAR-TASS, 8.5.02, nach BBC PF, 9.5.02; ITAR-TASS, 15.5.02, nach BBC PF, 16.5.02; Interfax Kasachstan, 23.5.02, nach BBC PF, 25.5.02; Xinhua, 24.5.02, nach BBC PF, 25.5.02) -kg-

### 4 Chinesisch-japanische Verstimmung über Botschaftsflüchtlinge

Erstmals hat der Versuch von Nordkoreanern, sich durch die Flucht in eine Botschaft in China die Möglichkeit zur Ausreise nach Südkorea zu verschaffen, eine diplomatische Verstimmung heraufbeschoren. Am 8. Mai hatten fünf Nordkoreaner versucht, in das von chinesischen Sicherheitskräften bewachte japanische Konsulat in Shenyang zu gelangen. Während drei von ihnen bereits am Eingang aufge-

halten worden waren, holten chinesische Polizisten die zunächst erfolgreichen zwei unter Anwendung von Gewalt aus der Visaabteilung der japanischen Botschaft heraus und verhafteten sie.

Von japanischer Seite erfolgte umgehend ein energischer Protest – weniger wegen der Verhaftung der asylsuchenden Nordkoreaner als vielmehr aufgrund des als unautorisiert bezeichneten Eindringens der chinesischen Sicherheitskräfte auf das extraterritoriale und aufgrund des Wiener Vertrages de jure zum japanischen Hoheitsgebiet zählende Konsulatsgelände. Bereits am folgenden Tag wurde der Minister der japanischen Botschaft in Beijing vorstellig und verlangte sowohl die Überstellung der fünf Nordkoreaner als auch eine Entschuldigung für den chinesischen „Rechtsbruch“. Der chinesische Botschafter in Japan wurde ins Außenministerium einbestellt, wo ihm eine offizielle Protestnote übergeben wurde. Auch der japanische Ministerpräsident Koizumi verlangte öffentlich von China Anstrengungen zur Beilegung des Zwischenfalls – im Klartext also eine Entschuldigung.

Die chinesische Seite erklärte jedoch, im Interesse der Sicherheit des japanischen Konsulats gehandelt und die Nordkoreaner im vorliegenden Einverständnis mit dem japanischen Konsulatspersonal aus dem Konsulat geholt zu haben. Videoaufnahmen, die die Empörung der japanischen Öffentlichkeit erst heraufbeschoren hatten, zeigten deutlich das passive Verhalten der japanischen Konsulatsangehörigen. In diesem Falle spricht daher wohl mehr für die chinesische als für die japanische Version der Ereignisse. Im Nachhinein stellte sich auch heraus, dass nur wenige Stunden vor dem Fluchtversuch der Nordkoreaner in Shenyang eine Anweisung des japanischen Botschafters in Beijing an das Botschaftspersonal ergangen sei, jeden Eindringling als verdächtige Person zu behandeln und nicht auf dem Gelände zu dulden.

China warf Japan daher Überreaktionen vor. Eine aus Japan zur Klärung des Zwischenfalls nach Beijing angereiste Delegation handelte jedoch mit der chinesischen Regierung einen Kompromiss aus, wonach den betrof-

fenen Nordkoreanern schließlich die Ausreise nach Manila und dann weiter nach Südkorea ermöglicht wurde. Aus japanischer Sicht handelte es sich hier jedoch angesichts der öffentlichen Aufgeregtheit und der offenbar wenig rühmlichen Rolle des japanischen Konsulats selbst um einen klaren Gesichtsvorstellung. Da sowohl Beijing als auch Tokio im 30. Jahr des Bestehens normaler diplomatischer Beziehungen wenig an einer Trübung des bilateralen Verhältnisses gelegen ist, wurde der Vorfall insbesondere von chinesischer Seite nach seiner Beilegung heruntergespielt. Die ansonsten eher zu erwartenden scharfen Reaktionen auf die japanischen Beschuldigungen blieben weitgehend aus.

Trotz deutlich verschärfter Sicherheitsvorkehrungen einschließlich der Sperrung von Straßen für den normalen Verkehr, intensiver Personenkontrollen durch die chinesische Polizei und der Sicherung der konsularischen Vertretungen mit Stacheldraht wurden auch die amerikanische und die kanadische sowie die südkoreanische Botschaft in Beijing im Mai wieder Ziel erfolgreicher Fluchtversuche von Nordkoreanern. Bis Ende Mai wurde allen Nordkoreanern nach Abschluss diplomatischer Verhandlungen mit den Vertretungen der betroffenen Nationen die Ausreise in ein Drittland ermöglicht, um von dort aus nach Südkorea zu gelangen. Als eindeutiges Entgegenkommen Beijings an seinen inzwischen offensichtlich ungeliebten Verbündeten Nordkorea wird in diesem Zusammenhang gewertet, dass die in die südkoreanische Botschaft Geflohenen erst ausreisen durften, nachdem sie zum Zwecke eines Verhörs zuvor an die chinesischen Sicherheitsbehörden überstellt worden waren. (NZZ, 10.5., 13.5., 18.5., 23.5., 27.5.02; HB, 10./11.5.02; FAZ, 18.5., 23.5.02; Yonhap, 30.5.02, nach BBC PF, 31.5.02; SCMP, 16.5., 17.5., 21.5., 22.5.02; ST, 16.5., 17.5., 20.5., 24.5.02; *Herold Tribune*, 29.5.02; WSJ, 9.5., 10.5., 15.5., 22.5.02) -kg-

## 5 Drogenhandel und dessen Bekämpfung – China im Zentrum

Wie erst im Mai bekannt wurde, war Drogenfahndern im Rahmen ei-

ner konzertierten Aktion unter Beteiligung Chinas, der USA, Thailands, Myanmars und der SAR Hongkong bereits Anfang April ein Schlag gegen einen von Chinesen angeführten internationalen Ring von Drogenschmugglern gelungen. In Shenzhen waren eine aus Myanmar stammende und über Hongkong nach China geschmuggelte und nach chinesischen Angaben auch für den dortigen Markt bestimmte Lieferung von ca. 70 kg Heroin beschlagnahmt und die beteiligten Schmuggler verhaftet worden. Später gingen den Fahndern in Simao, einer nahe der Grenze zu Laos in der Provinz Yunnan gelegenen Stadt, weitere Mitglieder der Schmugglerorganisation ins Netz. Weitere 287 kg Heroin wurden dort beschlagnahmt.

Der so genannten subregionalen Kooperation gegen Drogen war in der zweiten Maihälfte auch das neunte Jahrestreffen hochrangiger Vertreter der Fachabteilungen in den Regierungen Chinas, Thailands, Myanmars, Kambodschas, Vietnams und Laos gewidmet. Das Gremium auf der Basis eines Memorandum of Understanding aus dem Jahre 1993 koordiniert unter Beteiligung von Vertretern des Drogenkontrollprogramms der Vereinten Nationen UNDCP gemeinsame Anstrengungen in der Bekämpfung von Drogenanbau, -handel und -missbrauch.

Wie wichtig diese Kooperation auch international ist, zeigt die Tatsache, dass im Jahr 2000 80% der weltweit beschlagnahmten Amphetamine in Ost- und Südostasien konfisziert wurden. 1999 waren es 70% der global beschlagnahmten Heroin- und Morphinmengen. Neben Anbau und Schmuggel wird die Region offenbar auch zunehmend zum Zentrum des Missbrauchs illegaler Drogen und der damit aufs Engste verbundenen gesundheitlichen Risiken wie etwa die Ausbreitung von Aidsinfektionen unter Heroinabhängigen.

In mehrfacher Hinsicht stehen hier Myanmar und China im Zentrum des Geschehens. Während Myanmar als Hauptproduktionsstandort von Opium und Heroin gilt, so steht China als Transitland für die Drogen in alle Welt im Mittelpunkt. Darüber hinaus wächst nach Aussage eines Vertreters des UN-Drogenkontrollprogramms je-

doch auch der Anteil des Heroins, der in China selbst verbleibt. Die Funktion Chinas als Haupttransitland habe zum Entstehen eines Marktes in China selbst erheblich beigetragen. China zähle heute zu den wenigen Ländern weltweit, in denen die Zahl der Heroinabhängigen ansteige.

Folgerichtig forderte der chinesische Vertreter auf dem Treffen in Beijing auch, die Anstrengungen zur Entwicklung alternativer Einkommensquellen für die Opiumproduzenten zu verstärken. China kündigte in diesem Zusammenhang an, insbesondere Laos auch weiterhin durch die Schulung von Fahndungspersonal, technische Unterstützung und die Entwicklung von Alternativen zum Opiumanbau zu unterstützen. Zu diesem Zweck werde die chinesische Regierung künftig alle Einfuhren von Agrarprodukten, die von chinesischen Unternehmen (!) in Opiumanbaugebieten im Ausland produziert werden, von Importzöllen und Einfuhrumsatzsteuer befreien, hieß es in Beijing.

Auf dem Gebiet der Bekämpfung der Drogenabhängigkeit wird China gemeinsam mit anderen Ländern der Region während der nächsten zwei Jahre an einem Projekt der UNDCP teilnehmen, das auf den Schutz vor der Infektion mit dem HIV-Virus aufgrund von Drogenkonsum abzielt. Die UNDCP wird in erster Linie für *capacity building* in diesem Bereich 1,4 Mio. US\$ bereitstellen.

Während sowohl im Bereich der Entwicklung alternativer Anbauprodukte als auch hinsichtlich eines verstärkten Schutzes vor Aids größere Fortschritte durchaus zu erwarten sind, sieht es im Hinblick auf neue synthetische Drogen wie Ice schlechter aus, das mittlerweile auch in China weite Verbreitung gefunden hat. Opiumanbau ist ein Armutspänomen, dem mit der Entwicklung alternativer Einkommensquellen in der Regel durchaus beizukommen ist. Das Risiko der gegenseitigen Infizierung von spritzenden Drogenabhängigen durch Nadeltausch kann durch Aufklärung und – der entsprechende politische Wille vorausgesetzt – durch Bereitstellung von sterilen Einwegspritzen ebenfalls erheblich vermindert werden.

Der Kampf gegen die neuen synthetischen Drogen, von denen auch ange-

nommen wird, dass sie in erheblichen Mengen in China produziert werden, gestaltet sich hier nach Ansicht der UNDCP jedoch deutlich schwieriger. Hier stehen bereits auf Erzeugerebene Profitinteressen und nicht Subsistenz im Mittelpunkt. Erst Ende Mai gelang es chinesischen Drogenfahndern in Guangdong, eine für die Philippinen bestimmte Lieferung von 163 kg Ice im Wert von mehr als 1,2 Mio. US\$ abzufangen. (Xinhua, 9.5.02, nach BBC PF, 12.5.02; SCMP, 21.5.02; XNA, 21.5., 23.5., 25.5.02) -kg-

## 6 Taiwanesisch-chinesische Wirtschaft schafft Fakten

Nachdem der taiwanesischer Präsident Chen Shuibian kürzlich erneut öffentlich unterstrichen hatte, dass er sich eine Wiederaufnahme der bilateralen Verhandlungen mit der VR China wünsche, war eine der ersten Reaktionen auf chinesischer Seite ein Kommentar der Nachrichtenagentur Xinhua. Darin werden die Ausführungen Chens als billige Propaganda „entlarvt“, mit der er der internationalen Gemeinschaft seine „so genannte Ernsthaftigkeit“ vorspiele und das Volk in Taiwan „hereinlege“, das „unter Rezession und Naturkatastrophen leide“.

Vertreter der chinesischen Regierung und der für offizielle Kontakte und Verhandlungen auf Seiten der VR China zuständigen ARATS bekräftigten aufs Neue, man erwarte von der taiwanesischen Seite eine Rückkehr zum 1992 zwischen ARATS und SEF erreichten Konsens. China beruft sich darauf, dass damals Einigkeit zwischen den verhandlungsführenden Stellvertreterorganisationen darüber hergestellt worden war, beide Seiten wollten das Ein-China-Prinzip akzeptieren und nach der Wiedervereinigung des Landes streben. Ein Bekenntnis zu diesen Grundsätzen wird auf Seiten der VR China als Voraussetzung für jede weitere Runde der seit fast zehn Jahren in der Sackgasse befindlichen Verhandlungen gefordert. Die Vermeidungsstrategie Chen Shuibians sei dabei das größte Hindernis.

Druck wird sowohl von Seiten der VR China als auch seitens der taiwanesischen Wirtschaft auf die taiwanesischer Regierung ausgeübt. Da-

bei geht es in erster Linie um die Herstellung von direkten Verbindungen im Transport- und Kommunikationsbereich, deren Fehlen als größtes Hindernis für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen angesehen werden. Nachdem Chen Shuibian gegenüber der Wirtschaft Entgegenkommen signalisiert und geäußert hatte, man könne sich vorstellen, die bilateralen Verhandlungen mit der VR China auch privaten Organisationen zu übertragen, war Beijing schnell mit dem Vorschlag zur Stelle, zwei taiwanesischer Wirtschaftsführer, C. Y. Kao (Präsident der Uni-President Group) und Y C. Wang (Direktor von Formosa Plastics) könnten diese Aufgabe übernehmen.

Da auf taiwanesischer Seite jedoch nie von Unternehmensvertretern die Rede gewesen war und die Interessenslage dieser beiden eindeutig ist, hieß es in Taiwan sehr schnell, einzig die – offiziell nicht regierungsamtliche – Straits Exchange Foundation (SEF) sei zu einer Verhandlungsführung berechtigt. Die politische Pattsituation besteht also fort. Für die Wirtschaft beider Seiten scheint dieses Hindernis jedoch keineswegs unüberwindlich.

Zum zweiten Mal seit der im vergangenen Jahr auf den Weg gebrachten 25%-Beteiligung der taiwanesischer China Airlines (über indirekte Beteiligung unter staatlicher taiwanesischer Kontrolle) am Cargo-Geschäft der chinesischer China Eastern Airlines trat Mitte Mai erneut ein Staatsunternehmen aus Taiwan in das Rampenlicht der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße. Die in Taiwan monopolistische taiwanesischer Chinese Petroleum Corporation (CPC) besiegelte mit der auf der anderen Seite der Taiwan-Straße ebenfalls in Staatsbesitz befindlichen China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) einen Vertrag über die gemeinschaftliche Exploration von Ölfeldern, die in der offenen See ca. 250 km westlich vom taiwanesischer Gaoxiong (Kaohsiung) vermutet werden. Die gemeinsame Investitionssumme soll zunächst 25 Mio. US\$ betragen. Damit werden erneut von der Wirtschaft Fakten geschaffen, die jenseits der politischen Sackgasse, in der sich die bilateralen Beziehungen befinden, von großem Pragmatismus – und auch Egoismen – zeugen. (XNA,

12.5.02; CNA, 13.5.02, nach BBC PF, 14.5.02; CNA, 28.5.02, nach BBC PF, 29.5.02; ZXS, 29.5.02, nach BBC PF, 30.5.02; SCMP, 16.5., 17.5., 22.5.02) -kg-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 7 Vorbereitungen auf den 16. Parteitag I: Parteikongresse auf Provinzebene

Die Vorbereitungen für den 16. Parteitag der KPCh, der für September oder Oktober 2002 anberaumt ist, laufen landesweit in allen Provinzen, Autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städten auf Hochtouren. So sind inzwischen in den meisten Provinzen Parteikongresse abgehalten worden, um über Neubesetzungen der lokalen Parteikomitees – einschließlich der politisch sehr einflussreichen Ämter der Parteisekretäre – zu entscheiden und die Delegierten zum nationalen Parteitag zu bestimmen.

Die Neubesetzung der Parteikomitees auf Provinzebene hat bereits im September 2001 begonnen. Bis Ende 2001 hatten Tibet, Liaoning, Shanxi, Henan, Guangxi, Xinjiang, Anhui, Hunan, Jiangsu, Fujian, Hebei, die Innere Mongolei, Jiangxi und Yunnan den Prozess abgeschlossen. Bis April 2002 wurden außerdem in Ningxia, Gansu, Guizhou, Hainan, Heilongjiang und Tianjin Parteikongresse abgehalten. Die drei Metropolen Beijing, Shanghai und Chongqing sowie die Provinzen Guangdong, Sichuan, Qinghai und Jilin hielten ihre lokalen Parteikongresse nun im Mai ab. Im Juni sollen dann noch die letzten vier Provinzen Zhejiang, Shandong, Hubei und Shaanxi folgen; Ende Juni sollen die personellen Entscheidungen auf Provinzebene abgeschlossen sein.

In Beijing, Shanghai und Guangdong wurden die bisherigen Parteisekretäre Jia Qinglin (Beijing), Huang Ju (Shanghai) und Li Changchun (Guangdong) in ihren Ämtern bestätigt. Die drei gelten als Protégés Jiang Zemins; allgemein wird erwartet, dass sie ab dem Herbst in wichtige Ämter